

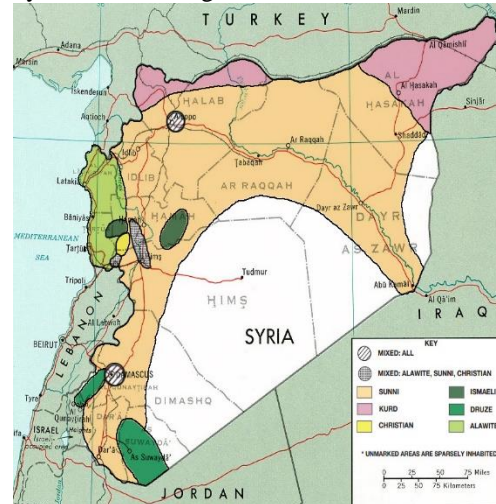


## Syriens Waffenruhe, Europas Zwiste

*Putin führt, Ruhani gewinnt, Netanjahu warnt, Orban kritisiert Merkel*

Seit Freitag wird eine amerikanisch-russisch initiierte, doch limitierte Waffenruhe in Syrien durch Gefechte gestört. Nicht immer als ihre Verletzung, sondern wie durch Präsident Putin erklärt und ab Sonntag oft in Nordsyrien realisiert. Denn seine Jets und al-Asads Militär gehen "Terroristen" an. Zudem gilt die Feuerpause nicht für Milizen, die der UN-Sicherheitsrat als "Terrorvereine" ansieht, so Syriens Zweig der al-Qaida (an-Nusra Front), und Jihadisten des "Islamstaats". Eine UN-Gruppe unter Amerikanern und Russen soll dies lenken. Beide erhielten eine Hotline und tauschten Syrien-Karten zu den Zonen aus, die sich zur Waffenruhe verpflichteten. Nach Fehlanläufen, kam eine erste Versorgung von Zivilisten auf. Aber alles ist instabil, weshalb der Flüchtlingsstrom anhält.

Syriens ethno-religiösen Teile Karte: [Wiki ISW](#)



Genfer [Syrienansätze](#) verfehlen seit 3. Februar, als Putins neue Angriffswellen begannen. Halten diesmal Versorgung und limitierte Feuerpausen an, will UN-Gesandter Staffan de Mistura am 7. März das Genfer Treffen fortsetzen. Der Konstruktionsfehler jedoch bleibt: antagonistische Weltmächte helfen oder bekämpfen je Seiten, die sie oder sich befehlen. Ein russischer Offizier sagte, voll ganz Syrien zu kontrollieren - der [Westen](#) als Zuschauer?

Dies beeinflussen auch Irans Parlamentswahlen vom Freitag. Zwar gewannen Reformer um Präsident Ruhani hinzu - alle 30 Teheraner Sitze -, sowie Stimmen im Expertenrat aus 88 Personen, die eventuell die Nachfolge von Ali al-Khaminai bestimmen. Indes zeigten sich auf dem Land die Konservative stärker. Bei einer Beteiligung von 60 Prozent – vier weniger als 2012 – hoffen viele auf eine Mäßigung und Öffnung, nachdem 2009 nochmals Mahmud Ahmadinejad siegte. Doch kollidiert diese Hoffnung mit Realitäten, darunter die Waffenkäufe aus Russland für acht Milliarden Dollar mit Jets und S300 Antifliegeraketen.

Dabei verwandelt diese Wahl nicht die [Natur](#) des Regimes, das den Export islamistischer Revolten und Israels Beseitigung als Staatskurs betreibt. Donnerstag verurteilte Premier Netanjahu das iranische Angebot, Gelder für Palästinenser der jüngsten Konfliktwelle zu zahlen. Tags zuvor sprach Irans Botschafter in Beirut, Muhammad Fathali von \$7.000 pro Person. Das tat früher schon Saddam Husain, der damit Nachbarn antiisraelisch aufbrachte. Sonntag bejahte Benjamin Netanjahu eine echte Waffenruhe in Syrien, die jede Aggression Irans gegen Israel von Syrien her stoppen möge: weder dürften Libanon oder die Hizballah von dort aus Waffen erhalten, noch eine neue Terrorfront auf den Golan-Höhen geschaffen werden. Dies wären zwei länger etablierte rote Linien für seinen Staat, die bleiben werden.

## Kollisionskurse

Europas jetzige Rolle ist die eines selbstgeschaffenen **Empfängers** von Kriegsfolgen. Zwar hielt Papst Franziskus Sonntag die Europäer an, gleichmäßig Lasten mit Fliehenden aus unmenschlichen Lagen zu teilen. Doch stehen Länder vor Zerreißproben. Bei den Briten ist unklar, ob sie in der Europäischen Union sein möchten. Gehen sie, bleibt nur noch **Paris** als Militärmacht. Aber Probleme wachsen, weshalb strategische Überlegungen nötig sind.

Sonntag offenbarten sich Spannungen im Nein von 59 Prozent der Schweizer Wähler zur Idee, Ausländer automatisch ohne Einspruchsrecht zu deportieren – auszuschaffen –, wenn sie in zehn Jahren mehr als zwei kleinere Straftaten begehen wie Geschwindigkeitsverstoß oder Widerrede gegen Polizisten. Ein Viertel sind dort Ausländer, die seit dem Gesetz von 2010 bereits für Verstöße wie Mord oder sexuelle **Gewalt** außer Landes verbracht werden.

Schlimm genug sei es, meinte Viktor Orban am Sonntag in Budapest, dass Europa seine Verteidigung nicht organisieren könne. Noch schlimmer wäre, führte der Premier in seiner Jahresrede zur Lage der Nation aus, dass die Absicht dazu fehle. Die europäische Antwort auf die Migrantenkrisen sei absurd. Laut einem AP-Bericht verglich er Europas Führung mit einem Kapitän auf einem alsbald kollidierenden Schiff, die über Nichttrauchzonen in den Rettungsbooten debattiere statt besser den Zusammenstoß zu vermeiden. Europas Zukunft sei gefährdet, aber nicht durch die, die herkommen wollen, sondern durch die **Führer**, die Europa im Gegensatz zu ihren Völkern ändern wollen. Massenimmigration sei eine Gefahr.

Man könne nicht demographische Probleme der fraglos schrumpfenden Bevölkerung mit Muslimen lösen, ohne Lebensweise, Sicherheit und "uns selber" zu **verlieren**. Diejenigen, die herkommen, haben doch nicht die Absicht, sich an den hiesigen Lebensstil anzupassen. Budapest sei weiter gegen den EU-Quotenplan, 100.000 Migranten zu verteilen. Brüssel wolle allen sein zwangsweises und dauerhaftes Verteilungssystem auferlegen. Dies werde er nicht erlauben. Es könnte Ungarn nicht zwingen, die bitteren Früchte dieser Fehlpolitik gegenüber Immigration einzuführen wie Kriminalität, Terror, **Homophobie** und Judenhass.

Ungarn werde die Grenze nach Rumänien verstärken und ein Referendum über Brüssels Quoten abhalten. Die wichtige Hilfsregel: Hilfe man in Mittelost, bleiben Flüchtlinge dort. Bereits Mittwoch betonte er, ein Plan zur Umsiedelung von Flüchtlingen ohne Referendum sei nichts als Machtmissbrauch. EU-Führer hätten kein Mandat, das ethnische, kulturelle und religiöse Image Ungarns zu verändern. Er befrage das Volk im Referendum wie 2003, der EU am 1. Mai 2004 beizutreten. Diese Ja/Nein Frage sei: "Wollen Sie, dass die EU – ohne Zustimmung des ungarischen Parlaments – Ungarn die Ansiedlung von Nichtungaren vorschreiben darf?" Die EU sei eine Allianz freier Nationen, keine Vereinigten Staaten von Europa. Viktor Orban kreierte Angela Merkel den Grundfehler durch ihr **Willkommen** an.

*26. Februar: Fragen an Kanzlerin Merkel - schafft sie in Europa das Problem ohne echte Lösung?*  
Wie sichert sie, dass eine wahrhaftig grundgesetzliche, qualitative Integration folgt, nicht Jahre an Zwisten?  
Wann wird sie ihren Flüchtlingskurs demokratisch im Bundestag und durch Volksreferendum **legitimieren**?  
Welche Modelle können europäische Probleme der Demographie besser lösen, welche Pläne hegt sie dafür?  
Sollten die Europäer bald als Gruppe eine schrittweise Begrenzung der Immigration aus Mittelost verkünden?  
Wie will sie sichern, dass die von Orban bemerkten Probleme wie importierter **Judenhass** nicht auswachsen?  
Wie gewährleistet sie eine hohe Transparenz mit allen zuverlässigen Grunddaten der laufenden Immigration?

Vor dem britischen Referendum am **23. Juni** zeitigen der EU-Rat am 7. März und Merkels angesagte Bilanz zur Monatsmitte die nächsten Zäsuren. Wolfgang G. Schwanitz